

Der Weg zum Frieden

<https://alpenschau.com/category/alpenschau-aktuell/>

Um den Russland-Ukraine-Krieg zu beenden, braucht es ein tieferes Verständnis für die Wurzeln des Konflikts.

Im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine müssen die historischen, territorialen und geopolitischen Aspekte besonders betrachtet werden, die zur derzeitigen Situation beigetragen haben.

Bei diesem Konflikt geht es nicht nur um territoriale Streitigkeiten, sondern vielmehr um einen größeren Kampf: um die Kontrolle über Ressourcen und Einfluss.

Wir durchleben besonders schwierige Zeiten – Ausgang ungewiss. Damit sich alles in die gute Richtung entwickelt, ist der Beitrag von jedem von uns gefragt. Indem wir unser Licht in die Welt schicken, schaffen wir jetzt die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft.

Es liegt an uns, ob wir uns antreiben lassen von Liebe und Licht oder Angst und Schatten. Unsere Ausrichtung auf unsere mögliche Zukunft war noch nie so entscheidend wie in diesen Tagen. Damit erschaffen wir die Zukunft der Welt.

Lichtvolle Gebete für eine lichtvolle Zukunft >>>

Der Weg zum Frieden

Ein Beitrag von [Thomas Zieringer](#) – Die [Alpenschau](#) bedankt sich!

Der Autor Thomas Zieringer will damit nicht „eine einzige Wahrheit“ über dieses komplexe Thema verbreiten, er möchte dem Leser eine Betrachtungsweise vermitteln, die zum Nachdenken und Hinterfragen anregt.

Nur wer sich aus verschiedenen Richtungen umfassend informiert, kann zu einer fundierten und soliden eigenen Meinung gelangen. Der Weg zum Frieden bedarf eines tieferen Verständnisses der Konfliktursachen und der Offenheit der Ukraine für neue Friedensverhandlungen mit Russland.

Das erlaubt dann auch, dass die Ukraine zu einem neutralen Pufferstaat zwischen der amerikanischen und russischen Einflussphäre wird. Die USA sind ein wesentlicher Akteur in dem Konflikt, und der Frieden ist daher machtpolitisch gesehen eine Frage

von Entscheidungen, die vor allem in den USA getroffen werden — solange die Ukraine und Russland nicht ihren eigenen Weg zu Friedensverhandlungen finden.

In einem am 5. Februar 2023 veröffentlichten Interview des israelischen Journalisten Hanoach Daum behauptete der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett, vor allem England und die USA hätten einen Waffenstillstand im Ukraine-Krieg aktiv blockiert (1).

Bennett wollte als Vermittler zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auftreten und hatte sich unter anderem an den US-Präsidenten Joe Biden, US-Außenminister Antony Blinken und den nationalen Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, gewandt.

Bennett zufolge waren sowohl Putin als auch Selenskyj zu erheblichen Zugeständnissen bereit gewesen, aber der Westen hätte entschieden, Putin weiter zu bekämpfen. Diese Entscheidung, so Bennett, würde viele Opfer fordern, die Energiekosten in die Höhe treiben, die Lebensmittelversorgung im Nahen Osten gefährden und neue Einwanderungswellen nach Europa auslösen.

Eine breite Diskussion in den Medien und der Politik der europäischen Nationen über die Vorwürfe des ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten findet nicht statt. Dieser Umstand wirft die Frage nach der Rolle des Journalismus auf, der bei diesem Konflikt, wie auch bei anderen wichtigen Themen, nicht nur Nachrichten, sondern auch Meinungen verbreitet und formt.

Nicht erst seit der Coronakrise ist vielen Menschen bewusst geworden, dass nicht alle Themen in den Medien in gleicher Weise zu Gehör gebracht werden und dass auch nicht alle Experten die gleiche Aufmerksamkeit erhalten. Man kann heute kaum noch bestreiten, dass Menschen mit Äußerungen, die nicht ins gewünschte Meinungsbild passen, nur noch unter Schwierigkeiten eine Zuhörer- oder Zuschauerschaft finden.

Hingegen ist es nach wie vor Aufgabe der Journalisten, die Öffentlichkeit neutral über ihre Erkenntnisse zu informieren und mit investigativen Bemühungen Klarheit in komplexe Situationen zu bringen, anstatt die öffentliche Meinung zu formen, was ganz klar als Propaganda zu bewerten ist.

Zunächst soll jener Aspekt des Konflikts erörtert werden, der als Erstes ins Auge fällt: Die heutigen Grenzen der Ukraine entstanden im Chaos des Zusammenbruchs der Sowjetunion und waren das Ergebnis von Verhandlungen und Kompromissen. Die Ukraine darf also mit Recht die Unversehrtheit ihrer Grenzen gegenüber Russland einfordern.

Da die Grenzen der Ukraine aber nicht nur aufgrund von Siedlungsgebieten einzelner Völker entlang natürlich gewachsener, historischer Gebiete gezogen wurden, sondern in erster Linie durch politische Entscheidungen entstanden, insbesondere durch Stalin während der Zeit der Sowjetunion, bergen diese künstlich gezogenen Trennungslinien ein ständiges Konfliktpotenzial. Das hat dann tatsächlich in der Gegenwart große Probleme geschaffen.

Russland beschuldigt die Ukraine seit vielen Jahren, die Menschen in den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk zu terrorisieren, Staaten, die mehrheitlich von russischsprachigen Menschen bewohnt werden und die von der Ukraine unabhängig sein wollen.

Als Schuldigen nennt Russland hierbei die paramilitärische Gruppe Azov, die vom ukrainischen Innenministerium unterstützt wird, und bezeichnet sie als Nazis. Azov wird tatsächlich wegen seiner nationalistischen, extrem rechten Ideologie und wegen der Menschenrechtsverletzungen kritisiert.

Die Ukraine wiederum beschuldigt Russland, die Separatisten in Donezk und Luhansk mit Waffen, Finanzmitteln und anderen Ressourcen zu unterstützen. Wir wissen aus der Geschichte, dass sich die Grenzen der Länder in Europa im Laufe der Geschichte ständig geändert haben und dass künstliche Grenzen auf Dauer selten Frieden schaffen.

Gemeinsame Geschichte

Betrachten wir ein weiteres Problem des Konflikts. Es gibt eine lange gemeinsame Geschichte zwischen der Ukraine und Russland, und aufgrund dessen sah Russland in der Ukraine so etwas wie einen kleinen Bruder. Die Ukraine wurde sogar die längste Zeit in ihrer Geschichte als „Kleinrussland“ bezeichnet.

Das Problem könnte sein, dass Russland jetzt die Ukraine als unabhängige Nation akzeptieren muss und dass diese neue Realität für Russland nur mit Friedensverträgen geregelt werden kann. Es braucht einen inneren, sozusagen seelischen Prozess der Trennung in gegenseitigem Verständnis und der Akzeptanz des Anderen.

Konflikte sind keine Überraschung im Prozess der Bewältigung einer schwierigen Vergangenheit und des Aufbaus einer unabhängigen Nation, aber ein Friedensvertrag könnte der einzige Weg sein, dass Russland die Ukraine als unabhängige Nation akzeptiert.

Nach den Erfahrungen von Bennett musste Russland — aber auch die Ukraine — zu der Überzeugung gelangen, dass der Westen einen Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland gar nicht will. Die Ukraine könnte in Betracht ziehen, dass es vielleicht ein falscher Weg wäre, sich ausschließlich darauf zu fokussieren, das Heil im Westen zu suchen. Sie muss auch nach Osten schauen, es sogar wagen, in die Augen desjenigen zu blicken, der völkerrechtswidrig in die Ukraine eingefallen ist.

Um den Konflikt wirklich zu verstehen, geht kein Weg daran vorbei, unter die brodelnde Oberfläche zu schauen. Es ist eben mehr als ein Konflikt um Grenzen. Russland hatte die „Spezialoperation“, den Einmarsch auf das Territorium der Ukraine auch aus dem Grund begonnen, um die Ukraine vom amerikanischen Einfluss „zu befreien“. Denn Putin, und das waren seine eigenen Worte, sieht den Westen als einer satanischen Macht unterworfen an (2).

Diese Weltsicht ist für Europäer, die überwiegend Agnostiker oder Atheisten sind, schwer nachvollziehbar. Das aber gerade potenziert die Gefährlichkeit des Konfliktes. Nur so versteht man, dass die derzeitigen Machthaber Russlands eine Niederlage nicht zulassen können.

Diese religiöse Dimension des Konfliktes, Putins enge Beziehungen zur russisch-orthodoxen Kirche, zeigt, dass die westliche Annahme, bei allzu großen Verlusten würden die Russen ihren Präsidenten stürzen, keine fundierte Grundlage hat.

NATO-Ausdehnung trotz anderslautender Zusage

Mit dem Wunsch der Ukraine, Mitglied der NATO zu werden, wurde für Russland eine rote Linie überschritten.

Putin und andere russische Beamte hatten wiederholt und über Jahre hinweg erklärt, dass sie eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ablehnen und dies als eine unmittelbare Bedrohung für Russland ansehen. Putin erklärte auch, dass die Ausweitung des westlichen Einflusses in der Ukraine für Russland nicht hinnehmbar sei (3).

Aus westlicher Sicht hat die Ukraine als souveräner Staat das Recht, sich ihre Bündnispartner selbst auszusuchen.

Wahr ist aber auch, dass die Sowjetunion die osteuropäischen Staaten nur in ihre Freiheit entließ, weil der Westen Russland zusicherte, dass sich die NATO nicht auf die Gebiete der ehemaligen Sowjetunion ausdehnen würde. Doch – wie die Geschichte seit dem Zerfall der UdSSR zeigt – hielt sich der Westen nicht an diese Zusage.

Wie bereits erwähnt, hält ein nicht unwesentlicher Teil der in Russland herrschenden politischen Eliten den Westen für moralisch korrupt und antichristlich. Nach ihrer Sicht steht er mit den noch „gesunden Ländern“ in einem geistig-moralischen Krieg. Auch herrscht bei diesen Eliten die Meinung vor, beim Ukraine-Konflikt habe zunächst der Westen Russland angegriffen, unter anderem indem er das Azov-Regiment bei seinem Kampf gegen die russischsprechende Bevölkerung unterstützte.

Nach diesem Verständnis würde das Land bei einem Sieg der Ukraine unter die Herrschaft des Westens fallen, seine Identität verlieren und Teil des „satanischen Reiches“ des Westens werden. Dieser würde die Ukraine dann wegen ihrer wertvollen Rohstoffe ausbeuten. Daher begann der Krieg aus russischer Sicht als eine Spezialoperation, „um die slawischen Brüder in der Ukraine zu befreien“.

Bei diesem Konflikt geht es also nicht nur um territoriale Streitigkeiten, sondern vielmehr um einen größeren Kampf um die Kontrolle über Ressourcen und Einfluss, letztlich sogar um einen Konflikt zwischen Gut und Böse, den Russland als letzte starke christliche Nation Europas führe, und in dem das Land für den Erzengel Michael auf der Seite des Lichtes kämpfe, so Alexander Dugin in seiner Rede beim 24. Weltkonzil des russischen Volkes (4).

Diese Sicht werden viele Menschen im Westen nur schwer begreifen. Man möge aber bedenken, dass es für gelingende Friedensverhandlungen unabdingbar ist, sich zunächst die Sichtweise des Anderen überhaupt hineinzusetzen. Das soll nicht bedeuten, dass man diese andere Sichtweise als richtig anerkennt – sondern dass man den Standpunkt des Anderen versteht. Von dort aus kann man Brücken bauen.

Brückenkopf und Drehkreuz

Was also kann den Weg zum Frieden weisen?

Bei den regierenden Politikern des Westens wäre ein tieferes Verständnis der geschilderten Zusammenhänge nötig. Nur mit diesem Verständnis kann es eine Offenheit für Friedensverhandlungen mit Russland geben und die Bereitschaft der Ukraine, sich als neutraler Pufferstaat zwischen der amerikanischen und russischen Einflussosphäre zu positionieren.

Für die Ukraine könnte diese Positionierung durchaus reiche Früchte tragen. Als Brückenkopf und Drehkreuz zwischen Ost und West könnte dieses Land Gewinn ziehen vom ökonomischen und kulturellen Reichtum beider Seiten. Ohne diese Bereitschaft aber wird Russland kaum jemals zu einer Friedenslösung bereit sein.

Es ist sicher richtig, dass in Europa einschließlich der Ukraine keine Regierung frei vom Einfluss US-amerikanischer Interessen ist. Diejenigen, die das für eine Verschwörungstheorie halten, sollten sich den aktuellen Artikel des Star-Journalisten Seymour Hersh ansehen, der ermittelt hat, dass die USA mithilfe Norwegens die Anschläge auf Nord Stream 1 und 2 durchgeführt haben (5).

Dieselben sollten sich auch fragen, warum die deutsche Regierung dies nicht offen diskutiert und warum sowohl die in der Angelegenheit ermittelnde Regierung Schwedens als auch die deutsche Regierung bekannt gaben, mit Verweis auf höhere nationale Interessen die Öffentlichkeit nicht unterrichten zu können.

Dass die Russen ihre eigenen Pipelines gesprengt haben sollten, konnte man bei den Reaktionen dieser Regierungen daher bereits vor dem Bericht von Seymour Hersh ausschließen. Handelt so eine unabhängige und vollständig souveräne Regierung?

Wer nun immer noch an eine Verschwörungstheorie glaubt, sei auf eine Aussage des damaligen Vize-Kanzlers Wolfgang Schäuble in seinem Vortrag vom 18. November 2011 beim International Banking Congress verwiesen: „...und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen“ (6).

Das bedeutet dann auch, dass die USA auf der Seite des Westens ein ganz wesentlicher Akteur in diesem Konflikt sind und dass die Frage nach Krieg und Frieden eine Frage sein wird, die vor allem durch das Agieren der USA beantwortet werden wird. Nur so kann man verstehen, dass es sich bei dem Konflikt nicht einfach um einen Krieg zwischen zwei benachbarten Staaten handelt, sondern vielmehr um einen komplexen geopolitischen Kampf mit weit reichenden Auswirkungen auf die zukünftigen globalen Machtsphären.

Den USA und anderen westlichen Ländern wird vorgeworfen, dass sie an den Ereignissen auf dem Maidan-Platz Ende 2013 bis Anfang 2014 in Kiew beteiligt waren und im Sinne eines „Regimechange“ (7) Einfluss auf die politischen Entwicklungen in der Ukraine genommen hätten. In dieser Zeit kam es zu Protesten gegen die pro-russische Regierung von Präsident Viktor Janukowitsch, die schließlich im Februar 2014 zu seinem Sturz führten.

Dies wird oft als Maidan-Revolution bezeichnet. Im Anschluss daran wurde eine pro-westliche Regierung gebildet. Es gibt Hinweise darauf, dass westliche Regierungen politische und finanzielle Unterstützung für die pro-westlichen Kräfte in der Ukraine

bereitgestellt hatten und technische und logistische Unterstützung für die Opposition leisteten, einschließlich bei der Organisation und Mobilisierung der Demonstranten auf dem Maidan (8).

Angesichts der Anschuldigungen des ehemaligen israelischen Präsidenten fragt man sich: Handelt die ukrainische Führung tatsächlich im besten Interesse ihres Landes? Dass es sich bei dem Konflikt nicht einfach um eine unerwartete äußere Aggression Russlands handelt, ist inzwischen deutlich geworden.

Um das weiter auszuführen: Russland hatte in der Vergangenheit mehrfach vor den Konsequenzen gewarnt, die eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für die Sicherheit Russlands und die regionale Stabilität habe. Bereits im April 2008 hatte Russland während des NATO-Gipfels in Bukarest eine klare Warnung ausgesprochen. Eine solche Mitgliedschaft stelle eine Bedrohung für die Sicherheit Russlands dar und Russland würde in diesem Fall seine Interessen und seine Bürger verteidigen.

Putin betonte auch, dass eine NATO-Erweiterung die Aussichten auf eine Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Westen untergraben würde. Auch in den Jahren danach hatte Russland immer wieder deutlich gemacht, dass eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine eine existenzielle Bedrohung darstellen würde und als eine feindselige Handlung gegenüber Russland aufgefasst würde (9).

Obwohl auch der Westen Verständnis dafür hat, dass Russland keine US-Atomraketen an seiner Grenze haben will und ebenso für die geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen Russlands sowie die historische und kulturelle Verbundenheit des Landes mit der Ukraine, wollten die westlichen Regierungen Putins Aussagen nicht ernst nehmen.

Aussichtslose Eskalation

Dies soll in keinsten Weise eine Entschuldigung für die Kriegshandlungen Russlands und die immensen Schäden sein, die in der Ukraine angerichtet wurden. Aber für einen Weg hin zum Frieden muss jeder bereit sein, die andere Seite und ihre Motive zu verstehen.

Den Feind als „das Böse“ schlechthin zu betrachten und dies als Argument für die Lieferungen von Angriffswaffen an die Ukraine zu verwenden, ist nur der sichere Weg in eine aussichtslose Eskalation. Das heute oft zu vernehmende Credo „Waffen liefern für den Frieden“ zeugt lediglich von einem ahistorischen, bildungsbehafteten und unserer historischen Verantwortung gegenüber unangebrachten Selbstverständnis derjenigen, die Deutschland vertreten.

Alles in allem ist der Konflikt in der Ukraine also ein komplexes und vielschichtiges Thema mit weitreichenden Auswirkungen und einem beängstigendem Eskalationspotenzial. Daher ist ein differenziertes, ganzheitliches Verständnis der Situation in der deutschen Politik und bei den Bürgern erforderlich; ein Verständnis, welches die umfassenden kulturellen, historischen und sogar spirituellen Dimensionen dieses Kampfes umfasst.

Die Gefahr, dass der Konflikt letztlich in einen alles vernichtenden Atomkrieg mündet, ist nicht von der Hand zu weisen.

Nur wer die beschriebenen tieferen Triebkräfte versteht, wird in der Lage sein, auf einen dauerhaften Frieden in der Ukraine und im weiteren Sinne in der Welt hinzuarbeiten.

Nachtrag des Autors

Es mag ungewöhnlich sein, aber ich möchte Sie, werter Leserin und werter Leser, bitten, die unten angegebenen Quellen durchzulesen. Sie enthalten Informationen, die für ein besseres Verständnis sorgen. Sie können helfen, sich sicherer auf vermintem Gelände zu bewegen, sie sollen aber auch zur Vorsicht mahnen, keiner Propaganda oder einer allzu großen Vereinfachung zu folgen.

Das Thema des Ukraine-Krieges beschäftigt mich insbesondere deshalb, da die Ukraine seit vielen Jahren wegen meiner Tanzleidenschaft zu einem meiner wichtigsten Reiseländer zählt. Ich lernte Land und Leute kennen und schätzen.

.Quellen und Anmerkungen:(1) <https://www.nachdenkseiten.de/?p=93498>

(2) <https://youtu.be/gxS9YIBeJbY>

(3) In seiner Rede vom 18. März 2014 vor der Duma machte Putin deutlich, dass Russland die Entwicklungen in der Ukraine sehr genau beobachtet und dass eine Ausweitung des westlichen Einflusses in der Ukraine für Russland nicht hinnehmbar sei. „But there is a limit to everything. And with Ukraine, our western partners have crossed the line, playing the bear and acting irresponsibly and unprofessionally.“ (<http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603>)

Aus Putins Rede zur Lage der Nation im Föderationsrat vom 4. Dezember 2014: „Ich habe nicht zufällig die amerikanischen Freunde erwähnt, denn die beeinflussen stets die Beziehungen zu unseren Nachbarn, offen oder verdeckt. Manchmal ist sogar nicht klar, mit wem es sich eher lohnt, zu verhandeln: mit Regierungen mancher Staaten oder direkt mit ihren amerikanischen Förderern und Sponsoren.“ (<https://www.eurasischesmagazin.de/ticker/Putins-Rede-zur-Lage-der-Nation-deutsche-Uebersetzung-Dezember-2014/199>)

(4) <https://youtu.be/mApAl1G2PQU>

(5) <https://seymourhersh.substack.com/p/how-america-took-out-the-nord-stream>

(6) <https://youtu.be/1tXxLgO13S0>

(7) „Regime Change“ ist ein englischer Begriff, der in der internationalen Politik verwendet wird und sich auf eine gezielte Änderung oder Sturz der Regierung eines Landes bezieht. Im Zusammenhang mit den USA bezieht sich der Begriff typischerweise auf den Einsatz von politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen oder militärischen Mitteln, um die Regierung eines anderen Landes zu stürzen oder zu destabilisieren, die den Interessen der USA entgegensteht oder als Bedrohung empfunden wird.

Die USA haben in der Vergangenheit Regime-Change-Maßnahmen in verschiedenen Ländern durchgeführt, darunter im Iran, in Guatemala, in Chile, in Panama, im Irak und in Libyen. Kritiker werfen den USA vor, Regime Change als Mittel der Einflussnahme und Machtausübung einzusetzen, und argumentieren, dass es sich dabei um eine Verletzung der Souveränität und der Selbstbestimmung anderer Länder handelt. Liste mit Regime-Change-

Maßnahmen: https://en.wikipedia.org/wiki/United_States_involvement_in_regime_change

(8) Die ehemalige US-Außenministerin Victoria Nuland hat öffentlich zugegeben, dass sie während der Maidan-Proteste persönlich mit ukrainischen Oppositionsführern gesprochen hat und die Oppositionsbewegung unterstützt hat. Das Gespräch lenkte die Aufmerksamkeit auf die Rolle der USA in der ukrainischen Krise und warf Fragen über das Ausmaß der amerikanischen Einmischung in die politischen Angelegenheiten des Landes auf.

(<https://www.bbc.com/news/world-europe-26079957>) und

Ein weiterer Hinweis auf eine mögliche Beteiligung der USA an den Maidan-Protesten sind die sogenannten „NGO-Leaks“, die im Jahr 2014 veröffentlicht wurden. Dabei handelt es sich um interne E-Mails und Dokumente der US-Organisation „National Endowment for Democracy“ (NED), die zeigen, dass die NED und andere US-finanzierte NGOs in der Ukraine aktiv tätig waren und versucht haben, die Oppositionsbewegung zu unterstützen.

(<https://www.theguardian.com/world/2015/jul/28/national-endowment-for-democracy-banned-russia>) und

Über die Unterstützung der Proteste durch den Westen: Das US-Repräsentantenhaus hat eine Resolution verabschiedet, die die demokratischen Bestrebungen in der Ukraine unterstützt. Die Europäische Union bekräftigte ihr Engagement für die Unterzeichnung eines

Assoziierungsabkommens mit der Ukraine und ist bereit, finanzielle Hilfe zu leisten, wenn eine neue Regierung wirtschaftliche und politische Reformen durchführt. (<https://www.rferl.org/a/us-house-resolution-ukraine-aspirations-democracy/25259799.html>) und

Seit Beginn der Massenproteste in Kiew im November/Dezember 2013 unterstützten laut dieser russischen Quelle die Vereinigten Staaten die Opposition bei der Durchsetzung ihrer Forderungen und übten Druck auf die ukrainischen Behörden aus. Übersetzt aus:

(https://tsargrad-tv.translate.google.com/news/ssha-i-ukraina-kak-djadja-sjem-podderzhival-kiev-s-1991-goda-60433?x_tr_sl=ru&x_tr_tl=de&x_tr_hl=de&x_tr_pto=wapp) und

Im Zuge der jüngsten Ereignisse in der Ukraine haben verschiedene russische Beamte wiederholt erklärt, dass die Vereinigten Staaten von Amerika hinter der Revolution in Kiew steckten, nachdem sie zuvor mehrere Jahre lang die ukrainische Opposition finanziert hätten.

Übersetzt aus: (https://newsland-com.translate.google.com/post/4598822-kak-i-kogo-finansiroval-gosdep-ssha-na-ukraine?x_tr_sl=ru&x_tr_tl=de&x_tr_hl=de&x_tr_pto=wapp) und

Die Bush-Regierung gab über 65 Millionen Dollar für die Unterstützung politischer Organisationen in der Ukraine, einschließlich der Finanzierung von Wahltrainings, von Umfragen, die darauf hindeuten, dass Oppositionsführer Viktor Juschtschenko die Stichwahl gewonnen hat, und von Treffen zwischen Juschtschenko und führenden Politikern der USA. US-Beamte argumentieren, dass diese Ausgaben keine Einmischung in die Wahlen in der Ukraine darstellen, sondern Teil der Bemühungen des Außenministeriums sind, die Demokratie weltweit zu fördern. (14. Januar 2015) (<https://www.foxnews.com/story/u-s-spent-65m-to-aid-ukrainian-groups>) und

„Since 2014, the United States has provided more than \$32.5 billion in security assistance for training and equipment to help Ukraine preserve its territorial integrity...“ (<https://www.state.gov/u-s-security-cooperation-with-ukraine/>) und

Training paramilitärischer Gruppen durch die CIA. Zweiter Artikel auf

(<https://www.helleniscope.com/2022/01/16/the-cia-has-been-training-paramilitaries-including-nazis-to-act-in-ukraine/>)

(9) „Außenminister Lawrow hat betont, dass Russland eine weitere Osterweiterung als potenzielle militärische Bedrohung betrachten würde.“ Die US-Regierung wusste, dass die NATO-Erweiterung in der Ukraine Russland zum Eingreifen zwingen würde.

(<https://geopoliticeconomy.com/2022/02/27/us-nato-expansion-ukraine-russia-intervene/>) und

„Russlands Präsident Wladimir Putin warnte mehrfach vor einer Aufnahme der Ukraine in die NATO und fordert das Ende der Osterweiterung des Verteidigungsbündnisses.“

(<https://www.deutschlandfunk.de/russland-ukraine-konflikt-nato-osterweiterung-100.html>) und

„Der russische Außenminister Lawrow bezeichnet die Neutralität der Ukraine als „elementar“ und warnt vor weiteren Bemühungen um eine Nato-Mitgliedschaft.“

(<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/moegliche-nato-mitgliedschaft-lawrow-warnt-die-ukraine-13152279.html>) und

„Russland droht für den Fall eines Ukraine-Beitritts zur NATO mit Konsequenzen.“

(<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-nato-ukraine-101.html>)